BERLINER STADTBLATT

NEUKÖLLN

WISSENSWERTES AUS BERLIN UND DEM BEZIRK NEUKÖLLN · MÄRZ 2021

EDITORIAL

Foto: Maximilian Neudert

Liebe Neuköllnerinnen, liebe Neuköllner,

zum 3. Mal feiern wir in Berlin den Frauentag als gesetzlichen Feiertag. Berlin setzt damit ein Zeichen im Sinne von Clara Zetkin, Käte Duncker und vieler anderer mutiger Frauen, die mit einem internationalen Kampftag zeigen wollten, wie ungleich und ungerecht die Situation von Frauen und Männern Ende des 19. Jahrhunderts war.

Seitdem sind wir in Sachen Gleichstellung vorangekommen, daran gibt es keinen Zweifel. Aber klar ist auch: Volle Gleichberechtigung haben wir noch nicht erreicht, auch nicht am 110. Internationalen Frauentag. Wir haben weiterhin signifikante Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern, Sorgearbeit ist ebenso ungleich verteilt wie auch Einfluss in Spitzenpositionen und Parlamenten. Gewaltverbrechen gegen Frauen und Mädchen sind und bleiben ein großes Problem. Es ist unser aller Aufgabe, dafür das Bewusstsein zu schärfen und geschlossen dagegen vorzugehen.

Das machen Sozialdemokrat*innen und viele andere Engagierte. Ihnen gilt unser Dank, unsere Anerkennung und unsere Solidarität. In dieser Ausgabe des Stadtblatts stellen wir aktuelle Herausforderungen beim Kampf für mehr Gleichberechtigung vor. Wir wünschen eine gute Lektüre!

Mirjam Blumenthal
Fabian Fischer
Kreisvorsitzende SPD Neukölln

Franziska Giffey ist die SPD-Spitzenkandidatin für die Abgeordnetenhauswahl 2021 Foto: Privat

IN DIESER AUSGABE

LANGER WEG
Mühsamer Kampf gegen Zwangsheirat **SEITE 2**

IM GESPRÄCH
Franziska Giffey: Hingehen – Zuhören – Anpacken **SEITE 3**

FRAUENPOWER
Vorständinnen in Berlin **SEITE 4**

CORONA-KRISE
Raed Saleh: Nicht sparen, sondern investieren **SEITE 5**

HOMEOFFICE MIT KINDERN
Wie Familien durch die Krise kommen **SEITE 7**

EQUAL PAY
Hakan Demir fordert gesetzliche Regelung **SEITE 8**

Berlin ist eine Herzenssache

Franziska Giffey und Raed Saleh lieben ihre Stadt und wollen sie noch besser machen

Vorbilder, Meilensteine, Herzenssache – genau darüber spricht die SPD-Landesvorsitzende Franziska Giffey im Interview mit dem Berliner Stadtblatt anlässlich des Internationalen Frauentags.

Vorbilder, das sind Frauen in Vorstandsetagen großer deutscher Unternehmen. Meilenstein, das ist ein Gesetz, welches die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft regelt. Und eine Herzenssache? Das ist Berlin, denn die Hauptstadt „gehört zu den attraktivsten Städten Europas und der ganzen Welt“, sagt SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey.

Herzenssache Berlin – das ist auch der Titel des Landeswahlprogramms der Berliner SPD: „Wir wollen an bisherige Erfolge anknüpfen und die Stadt als lebenswerte Metropole weiterentwickeln.“ Nach dieser Devise bilden „fünf B's“ das Herzstück des Programms: **Bauen, Bildung, Beste Wirtschaft, Bürgernahe Verwaltung und Berlin in Sicherheit.** Welche Stadt sich Franziska Giffey konkret vorstellt, was sie außerdem zu den Öffnungen der Schulen und Kitas sagt und wie genau der anfangs erwähnte Meilenstein die Gesellschaft verändern kann, lesen Sie im Interview.

Raed Saleh, Co-Vorsitzender der Berliner SPD, möchte in der Corona-Krise nicht sparen, sondern investieren. Dabei geht es ihm „um die Zukunft all der wunderbaren Menschen in unserer Stadt“, sagt er. Und damit meint er die Beschäftigten in der Gastronomie und im Tourismus, die Angestellten im Einzelhandel, Unternehmerinnen und Unternehmer, Menschen in der Kultur, Berlinerinnen und Berliner, „die unsere weltweit bewunderten Clubs betreiben. Ihnen allen müssen wir Perspektiven bieten“, erklärt der SPD-Landesvorsitzende. Vor allem müsse man sich da um die Familien kümmern: Die Pandemie dürfe nicht die Startchancen für viele Kinder verschlechtern.

Eines ist ihm in diesem Zusammenhang besonders wichtig: Soziale und innere Sicherheit gehören zusammen. „Dazu gehört, dass die Berlinerinnen und Berliner keine Angst haben müssen, aus ihren Kiezen vertrieben zu werden“, erklärt er. Keiner solle sich ständig vor Arbeitslosigkeit oder immer höheren Lebenskosten fürchten müssen. Deshalb setzt sich die SPD Berlin für eine starke Berliner Wirtschaft ein und dafür, dass die Bildung weiterhin kostenfrei bleibt. Sicherheit fange aber auch im Kopf an: „Die meisten Menschen sind auf einen starken Staat angewiesen.“ Das heißt für ihn unter anderem mehr Streifen in den U-Bahnhöfen und mehr Kontaktbereichsbeamte. Wie er und Franziska Giffey Berlin nach Corona wirtschaftlich wieder an die Spitze Deutschlands bringen wollen und wie er im Wahlkampf eine Balance zwischen Außen- und Innenstadtbezirken herstellen will, verdeutlicht auch er im Interview.

Franziska Giffey und Raed Saleh versprachen nach dem ersten digitalen Parteitag der Berliner SPD im vergangenen Jahr, dass sie als Führungsduo vor allem eins sein wollen: nahbar. Diesem Vorsatz folgend ist die SPD-Spitzenkandidatin auf großer **„#HerzenssacheBerlin Tour“**, um mit den Berlinerinnen und Berlinern ins Gespräch zu kommen.

Die Interviews lesen Sie auf den Seiten 3 und 5

Für die zweite Chance

Gleichstellung in der Erwachsenenbildung

Gleichstellung beginnt und endet nicht an der Schule. Trotz aller Bemühungen, allen Menschen den gleichen Zugang zu guter Bildung zu ermöglichen, gibt es noch immer viele Menschen mit gebrochenen Bildungsbiographien.

Über sechs Millionen Menschen in Deutschland können nicht richtig lesen und schreiben. In Neukölln haben wir dafür eine Anlaufstelle geschaffen: Das Lernhaus der Volkshochschule in der Werbellinstraße 77 ist unser Lernort für Grundbildung. Die Kurse sind in einfacher Sprache und finden in kleinen Gruppen statt. Im Lernhaus können die Teilnehmer*innen ohne Stress lernen. Auch für Menschen, die (noch) nicht so gut Deutsch sprechen, gibt es Angebote.

Im Info-Café – das in diesen Zeiten digital stattfindet – gibt es jede Woche einen Austausch über Themen des Alltags: Corona, der Umgang mit Stress oder Probleme mit dem Jobcenter. Bei Bedarf wird auch Hilfe vermittelt. Die Teilnahme ist kostenlos.

Karin Korte
Bezirkstadträtin für Bildung, Schule, Kultur und Sport

https://www.berlin.de/vhs-neukoelln/kurse/grundbildung/

https://www.berlin.de/vhs-neukoelln/kurse/grundbildung/info-cafe-digital/

Hilfe und Schutz notwendig

Gewalt an Frauen und Mädchen entschlossen entgegentreten

In der jüngsten kriminalistischen Auswertung zur Partnerschaftsgewalt stellt das Bundeskriminalamt erneut einen Anstieg der Opferzahl partnerschaftlicher Gewalt fest. Opfer sind zum größten Teil Frauen.

Fast die Hälfte der Opfer von versuchtem oder vollendetem Mord und Totschlag sind mit dem Täter verheiratet. Wir müssen davon ausgehen, dass das wirkliche Ausmaß noch einmal schlimmer ist. Betroffene brauchen schnellstmöglich Hilfe und Schutz. Es war wichtig, dass unter Rot-Rot-Grün in den vergangenen Jahren massiv in den Ausbau von Frauenhaus- und Schutzplätzen und in das Hilfesystem in Berlin für gewaltbetroffene Frauen investiert wurde.

Die Notwendigkeit von immer mehr Schutzplätzen für von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern ist mehr als bedenklich und sollte uns alle nachdenklicher und aufmerksamer machen.

Derya Çağlar
Mitglied des Abgeordnetenhauses und Sprecherin für Gleichstellung der SPD-Fraktion

*Die **BIG Hotline** ist ein Unterstützungsangebot für alle Frauen und deren Kinder, die in ihrer Beziehung Gewalt erleben, nach ihrer Trennung immer noch von ihrem Ex-Partner bedroht und belästigt werden oder Übergriffen ausgesetzt sind.*

BIG HOTLINE

Hilfe bei häuslicher Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder

Täglich von 8.00 bis 23.00 Uhr unter
(030) 611 03 00
Auch am Wochenende und an Feiertagen

KURZ NOTIERT

STARKE FRAUEN VORLEBEN

Gleichberechtigung ist Teil der sozialdemokratischen DNA – und wir leben sie vor.

Als weibliche Doppelspitze führen wir die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln an. Beide haben wir einen Vollzeitjob, Familie und Kinder und lieben es, Politik aktiv zu gestalten. Auch wenn wir in diesem Jahr keine Rosen verteilen dürfen, so senden wir jeder Frau und jedem Mädchen im Bezirk einen Rosengruß. Ob beim SPD-Frauenempfang oder bei den vielen Veranstaltungen im Bezirk – wir werden und sehen!

*Ihre **Mirjam Blumenthal** und **Cordula Klein***

FRAUENBEAUFTRAGTE

Am 1.2.1920 nahm die Frauenberaterin Ilse Eggert ihre Arbeit in Neukölln auf. Sie sollte eine Anlaufstelle für alle kommunalen Angebote für Frauen aufbauen. Für die politische Männerdomäne galt sie als eigensinnig und aufdringlich.

Heute sind Gleichstellungsbeauftragte in allen Bezirken präsent: Ansprechpartnerinnen für die im Bezirk lebenden und arbeitenden Frauen. Dazu mehr gibt es bei Claudia v. Gélieu, Forscherin und Veranstalterin u. a. von Stadtrundfahrten zum Thema.

https://www.frauentouren.de

IMPRESSUM

BERLINER STADTBLATT
Wissenswertes aus Berlin und den Bezirken

LANDESSEITEN
(Seiten 1 oben, 3, 4, 5, 6, 7)

Herausgeber:
SPD Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführerin Anett Seltz (V.i.S.d.P.)
Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Tel. 030-4692222
https://spd.berlin

Redaktion der Landesseiten:
Sebastian Thomas (Leitung), Ulrich Horb,
Ulrich Rosenbaum, Ulrich Schulte-Döinghaus

Bezirksseiten NEUKÖLLN
(S. 1 links/unten, 2, 8)

Herausgeber:
SPD Neukölln
Co-Kreisvorsitzender Fabian Fischer (V.i.S.d.P.)
Hermannstraße 208, 12049 Berlin

Kontakt:
info@spd-neukoelln.de
www.spd-neukoelln.de

Redaktion: Fabian Fischer, Mirjam Blumenthal,
Derya Çağlar, Martin Hikel, Karin Korte,
Hakan Demir, Marcel Hopp, Nina Lerch

Grafik: SPD Berlin/Hans Kegel
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Rätselerstellung: Ulrich Schulte-Döinghaus

Mühsamer Kampf gegen Zwangsheirat

16 Jahre nach dem Mord an Hatun Sürücü ist der Weg noch lang

Am 17. Januar 2021 wäre Hatun Sürücü 39 Jahre alt geworden. Mit 16 Jahren wurde sie mit ihrem Cousin in der Türkei zwangsverheiratet und kurz danach von ihm schwanger. Sie verließ ihn, kehrte nach Berlin zurück, legte das Kopftuch ab und holte ihren Schulabschluss nach. Dieser Wille zur Unabhängigkeit und Selbstbestimmung macht sie zum Vorbild für junge Frauen und ist ihr gleichzeitig zum Verhängnis geworden. Am 7. Februar 2005 ist sie von ihrem Bruder zur Wiederherstellung der „Familienehre" erschossen worden.

Bezirksbürgermeister Martin Hikel auf der Hatun-Sürücü-Brücke in Neukölln. Die Brücke wurde 2018 als Ort des Gedenkens nach ihr benannt. Foto: SPD Neukölln

Damals war ich Schüler und stand kurz vor dem Abitur. In Schulen und Medien wurde der Fall viel diskutiert. 16 Jahre später ein Blick auf die Verhältnisse: Der Bezirk Neukölln hat unmittelbar nach dem Mord eine breite Kampagne gegen Zwangsheiraten gestartet. Dank Akteuren wie dem „MaDonna Mädchentreff", Kazim Erdogan mit „Aufbruch Neukölln e.V." und „Heroes" vom Strohhalm e.V. werden tradierte patriarchale Wertvorstellungen hinterfragt und geschwächt. Junge Frauen wurden gestärkt und junge Männer zu „Heroes", indem sie sich von Fehlvorstellungen lösen.

Die gesellschaftlichen Debatten nach dem furchtbaren Mord haben zu einzelnen Verbesserungen geführt. Doch der Kampf für die Selbstbestimmung von jungen Frauen ist ein Marathon. Noch immer kriegen wir Hinweise auf Zwangsheiraten. 2017 wurden in Berlin 570 geplante oder vollzogene Fälle offiziell bekannt. Die Dunkelziffer liegt weit höher. Experten gehen von bis zu 6000 Fällen pro Jahr aus. Ein Großteil der Betroffenen hat eine arabische oder türkische, aber auch vermehrt eine südosteuropäische Migrationsgeschichte

In unseren Sommerferien finden die meisten Zwangsheiraten statt. Während Klassenkameradinnen im Schwimmbad sind, werden die Betroffenen im Ausland zwangsverheiratet. Deswegen schreibe ich gemeinsam mit der Schulstadträtin Karin Korte vor den Sommerferien jedes Jahr einen Brief an die Neuköllner Schulen mit der Bitte besonders sensibel darauf zu achten, ob sich ihre Schülerinnen anders verhalten. Zwangsehen sind keine kulturelle Besonderheit, die es zu tolerieren gilt, sondern schwere Menschenrechtsverletzungen. Sie sind Ergebnis von patriarchalen Strukturen und oft mit häuslicher Gewalt verbunden. Davor dürfen wir nicht die Augen verschließen.

Zwangsehen schaffen wir nur durch ein Umdenken in den betroffenen Familien ab. 16 Jahre nach dem Mord an Hatun Sürücü sind wir einige Schritte vorangekommen. Der Weg bleibt jedoch noch lang und ich kämpfe dafür, dass wir auch nicht von ihm abkommen.

Martin Hikel
Bezirksbürgermeister

Corona verschärft die Geschlechterungleichheit

Die Corona-Pandemie führt vor allem zu einer Mehrbelastung von Frauen – im Beruf und in der Familie

In der Corona-Pandemie zeigt sich, welche Berufsgruppen für uns unverzichtbar sind: die Erzieherin in der Kita, die Kassiererin im Supermarkt, die Krankenschwester im Krankenhaus, die Pflegerin im Pflegeheim. Diese sogenannten „systemrelevanten" Berufe finden bisher kaum gesellschaftliche Anerkennung. Die Bezahlung ist bis heute unterdurchschnittlich.

Es sind vor allem Frauen, die in diesen Berufen arbeiten und die unsere Gesellschaft durch die Corona-Krise tragen. Bis auf den wohlgemeinten abendlichen Applaus zu Beginn der Pandemie haben diese Berufsgruppen kaum substanzielle Verbesserungen erfahren. Im Gegenteil: Die Arbeitsbelastung ist in diesen Branchen – insbesondere im Lebensmittelhandel, im Gesundheits- und Pflegebereich – in der Corona-Krise massiv gestiegen. Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung, des unterdurchschnittlichen Lohns und der relativ hohen Quote an Teilzeitbeschäftigten, steigt zudem für diese Berufsgruppen das Armuts- und Altersarmutsrisiko. Es braucht mehr gesellschaftliche Anerkennung für diese Arbeit, eine strukturelle Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine wesentlich bessere Bezahlung.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezeichnet diese Berufe im Zweiten Gleichstellungsbericht aus dem Jahr 2017 als „Sackgassenberufe", die bis heute nicht vollständig darauf ausgerichtete seien, dass die Beschäftigten darauf ein tragfähiges eigenes Berufsleben aufbauen könnten, von deren Ausübung sie den Lebensunterhalt dauerhaft und existenzsichernd bestreiten können. Das Bundesministerium fordert daher richtigerweise: Diese Berufe müssen endlich zu echten „Lebensberufen" werden!

Auch im Privaten steigt die Belastung für Frauen: Care-Arbeit, also das unbezahlte Kümmern um Haushalt, Kinder, Alte und Kranke wird immer noch überwiegend von Frauen übernommen – anderthalbmal häufiger als von Männern. Dieser „Gender Care Gap" hat sich durch geschlossene Schulen, Kontaktbeschränkungen und die Isolation der Familien zusätzlich noch verstärkt.

Die Corona-Pandemie zeigt uns schonungslos die blinden Flecken unserer Gesellschaft auf. Es ist nun an uns, diese Versäumnisse zu sehen und im Sinne einer sozialgerechten und gleichgestellten Gesellschaft strukturell anzugehen.

***Marcel Hopp** · Kandidat*
für das Abgeordnetenhaus

Homeoffice: Chance oder Falle für Frauen?

Welche Nachteile Homeoffice hat und wie ein echtes Instrument der Vereinbarkeit von Familie und Beruf daraus wird

Arbeiten im Homeoffice erlebt zurzeit einen Aufwind, wenn auch im zweiten Lockdown schon deutlich weniger. Denn eins wissen wir längst: Homeoffice bei gleichzeitiger Kinderbetreuung funktioniert nicht.

Kann ortsflexibles Arbeiten aber zukünftig eine Chance für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein? Nur unter ganz bestimmten Bedingungen, zeigen die Studien der Hans-Böckler-Stiftung zu Homeoffice und mobiler Arbeit. Denn bisher setzen Frauen die gewonnene Zeit im Homeoffice für mehr Sorgearbeit ein und rutschen verstärkt in klassische Rollenmuster. Außerdem haben Frauen im Homeoffice Karrierenachteile zu befürchten. Denn wer nicht im Büro präsent ist, wird nicht „gesehen". Damit kämpfen bereits Teilzeitbeschäftigte – im Wesentlichen Frauen.

Damit ortsflexibles Arbeiten zu einem echten Instrument von Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird, braucht es einen kulturellen Wandel in den Betrieben: Karrierenachteile für Arbeitnehmer*innen mit familiären Verpflichtungen müssen vor allem durch klare Kriterien zur Beurteilung von Leistung und Transparenz bei Beförderungen ausgeräumt werden. Homeoffice muss für möglichst viele Arbeitnehmer*innen im Betrieb möglich sein.

Nina Lerch, nominierte Kandidatin für die Wahl zum Abgeordnetenhaus, arbeitet pandemiebedingt im Homeoffice, freut sich aber schon wieder auf ihr Büro Foto: Michael Lerch

Dadurch steigt die Akzeptanz für Homeoffice bei allen Beschäftigten und einzelne, meistens Mütter, werden nicht stigmatisiert. Der Weg dahin lohnt sich langfristig für Betriebe und Gesellschaft. Denn Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird aus Sicht von Arbeitnehmer*innen zunehmend zum Kriterium bei der Jobwahl. Doch nur wenn die Politik den flächendeckenden Kita-Ausbau konsequent voranbringt und für eine gerechte Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit sorgt, kann Homeoffice in Zukunft eine echte Chance für Frauen darstellen – und keine Falle.

***Nina Lerch** · Kandidatin*
für das Abgeordnetenhaus

„Den Menschen zuhören und sie ernstnehmen“

Ein Gespräch mit Franziska Giffey über Meilensteine, Vorbilder und eine Herzenssache

Berliner Stadtblatt: „Herzenssache Berlin“ ist der Titel des Landeswahlprogramms der Berliner SPD. Was macht die Hauptstadt in deinen Augen besonders?

Franziska Giffey: Berlin gehört mit all seinen verschiedenen Facetten zu den attraktivsten Städten Europas und der ganzen Welt. Mit „Herzenssache Berlin“ wollen wir an die bisherigen Erfolge anknüpfen und Berlin als lebenswerte Metropole mit Herz und Verstand weiterentwickeln. Das drückt sich in unserem Wahlprogramm aus: Getreu dem Titel bilden die fünf Bs – Bauen, Bildung, Beste Wirtschaft, Bürgernahe Verwaltung und Berlin in Sicherheit – das Herzstück des Programms. Dabei wollen wir eine Stadt, die vor allem sicher und sozial ist. Ein Berlin, das innovativ, zukunftsfähig und ökologisch ist. Wir wollen außerdem eine Stadt in der Vielfalt und Freiheit gelebt wird, eine Metropole der großen Chancen – frei nach dem Motto: Jedes Kind soll es schaffen, seinen Weg zu gehen.

Franziska Giffey, Spitzenkandidatin der Berliner SPD für die kommende Abgeordnetenhauswahl, tourt durch die Bezirke, um mit den Berlinerinnen und Berlinern ins Gespräch zu kommen. Foto: Nils Hasenau

Nicht nur das Wahlprogramm der SPD Berlin trägt diesen Namen, sondern auch deine Tour, die Mitte März beginnt.

Ja, auf der „#HerzenssacheBerlin Tour“ möchte ich mit den Berlinerinnen und Berlinern ins Gespräch kommen. Durch die besonderen Treffen folge ich meiner Devise, nach der ich Politik mache: Hingehen, zuhören, anpacken. Wenn wir mit den Menschen in Berlin ins Gespräch kommen, ihnen zuhören, ihre Sorgen und Probleme ernst nehmen und unsere Politik danach ausrichten, bin ich felsenfest davon überzeugt, dass wir einen erfolgreichen Wahlkampf führen werden.

Devise ist das Stichwort. In einem Interview mit der BERLINER STIMME zum Thema Bildung sagtest du einmal: Jedes Kind soll es packen. Nun haben wir eine Pandemie, befinden uns im Lockdown und bis vor kurzem haben Eltern ihre Kinder noch zuhause betreut und unterrichtet. Ende Februar hat Berlin wieder seine Kitas und Schulen geöffnet. Ein wichtiger Schritt?

Diese Entscheidung haben sich die Vertreterinnen und Vertreter von Bund und Ländern nicht leicht gemacht. Noch vor dem Treffen Anfang Februar habe ich mich für Öffnungsperspektiven und -schritte ausgesprochen. Zwei Dinge müssen wir dabei immer im Blick haben: das Wohl der Kinder und den Schutz der Gesundheit – für Kinder, Eltern und das Personal. Und eine andere Sache ebenso: Für die Wirtschaft ist entscheidend, dass Mütter und Väter wieder arbeiten und Beruf sowie Familie vereinbaren können – denn eines ist sicher: Kinderbetreuung ist systemrelevant.

Diese Ausgabe des Berliner Stadtblatts beschäftigt sich mit dem Internationalen Frauentag und somit auch mit Gleichstellung in jedem Lebensbereich. So ein Bereich ist beispielsweise die Arbeitswelt, und gerade an den Spitzen deutscher Top-Unternehmen sind Frauen bisher Mangelware. Doch Anfang dieses Jahres gab es doch dazu eine gute Nachricht?

Ja, gemeinsam mit Bundesjustizministerin Christine Lambrecht habe ich ein Gesetz erarbeitet, das die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst regelt. Und was soll ich sagen: Es ist ein Meilenstein. Wir sorgen dafür, dass es künftig keine frauenfreien Vorstandsetagen in den betreffenden großen deutschen Unternehmen mehr geben wird. Außerdem handeln wir so im Sinne einer zukunftsfähigen, modernen Gesellschaft und schöpfen die Potentiale unseres Landes besser aus.

Leider haben wir über Jahre gesehen: Freiwillig tut sich sehr wenig, und es geht sehr langsam. Dieses Gesetz wird das nun ändern. Qualifizierte Frauen in Führung bereichern das Wirtschafts- und Arbeitsleben, sind Vorbilder. Sie sorgen damit erwiesenermaßen für mehr Erfolg. Die neuen Regelungen schaffen mehr Verbindlichkeit, und der öffentliche Dienst geht mit gutem Beispiel voran.

Fragen: ***Sebastian Thomas***

Die fünf großen B’s der Berliner Sozialdemokratie

Bauen, Bildung, Beste Wirtschaft, Bürgernahe Verwaltung und Berlin in Sicherheit sind die zentralen Themen

BAUEN

Menschen ziehen begeistert nach Berlin und wir heißen sie willkommen. Um denen, die schon hier leben, und denen, die neu hinzukommen, bezahlbares Wohnen zu ermöglichen, muss eine attraktive Stadt Wohnungen bauen.

In unserem Wahlprogrammentwurf 2021 setzen wir uns daher klare Ziele: Wir wollen 200.000 neue Wohnungen bis 2030 bauen. Wir fördern eine soziale, nachhaltige und sichere Verkehrswende durch den Ausbau der E-Mobilität, des ÖPVN und der Sanierung von Rad- und Fußwegen. Und wir werden Mieterinnen und Mieter schützen, Gewerberäume sichern und den Verkehr stadtverträglich regulieren.

Wir begrüßen es, dass der Berliner Senat die Kosten-Nutzen-Analyse für die Verlängerung der U7 beschlossen hat. „Berlin braucht ein leistungsfähiges, hochwertiges und schnelles Verkehrsnetz, damit die Berlinerinnen und Berliner rund um die Uhr zuverlässig an ihr Ziel kommen“, sagt SPD-Landesvorsitzende und Spitzenkandidatin Franziska Giffey. Die Verlängerung der U7 bis zur Heerstraße in die eine und bis zum BER in die andere Richtung gehöre deshalb schon lange zu den Forderungen der Berliner SPD. „Ein Hauptstadtflughafen braucht auch eine Hauptstadtanbindung – das ist meine Botschaft seit 2015, als ich Neuköllner Bezirksbürgermeisterin wurde.“ Jeder Ausbau des Liniennetzes in die Außenbezirke hinein sei ein wichtiger Beitrag, damit Berlin nicht nur in die Dichte und Höhe, sondern auch in die Breite wachsen kann. „Das ist entscheidend für eine gute Zukunft in der Metropolregion Berlin-Brandenburg. So kann auch die klimafreundliche Stadt gelingen“, sagt sie abschließend.

BILDUNG

Bildung ermöglicht Zukunftsperspektiven. Wir richten daher unsere Bildungspolitik auf das zentrale Ziel der Chancengerechtigkeit aus.

Den Weg zu gerechten und fair verteilten Bildungschancen für alle wollen wir weitergehen: Mit Strukturen, die soziale Ungleichheit verhindern und Wert auf gemeinsames Lernen legen. Durch einen Ausbau der Kitaplätze, Digitalisierung in Schulen, Kitas und Hochschulen, bessere Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen und Lehrer*innen und einer Förderung der Erwachsenenbildung ermöglichen wir gute Bildung für alle. Gesellschaftlichen Herausforderungen wollen wir mit exzellenter Forschung begegnen und Berlin als herausragenden Wissenschaftsstandort stärken.

Foto: AdobeStock/Pyrosky

BESTE WIRTSCHAFT

Vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie hatte Berlin im Bundesvergleich seit über 15 Jahren das höchste Wirtschaftswachstum. Die von der Dienstleistungs-, Kultur- und Tourismusbranche geprägte Berliner Wirtschaft ist von den Auswirkungen der Pandemie besonders hart getroffen. Unser Ziel ist es, dass die Wirtschaft wieder auf Erfolgskurs kommt und zu ihrer alten Stärke zurückfindet.

Gute Arbeit heißt für uns, dass gerechte und existenzsichernde Löhne gezahlt werden. Werkverträge, befristete Arbeitsverträge, Minijobs und Leiharbeit müssen die Ausnahme sein, weswegen wir auf die konsequente Vermeidung dieser Arbeitsmodelle und den Abbau prekärer Beschäftigungen hinarbeiten. Denn wir wollen sicherstellen, dass alle an Erwerbsarbeit teilhaben und diese mit den anderen Bereichen ihres Lebens vereinbaren können.

BÜRGERNAHE VERWALTUNG

Eine gute Verwaltung ist die Basis für das Funktionieren einer Großstadt.Der öffentliche Dienst ist der Garant für Stabilität und eine tragende Säule unserer Demokratie.

Wir wollen eine gut ausgestattete, gut organisierte, digitalisierte und gestärkte Stadtverwaltung, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadt noch besser für alle in Berlin arbeiten können. Dies wollen wir durch einen noch effizienteren Verwaltungsservice, Digitalisierung und Breitbandausbau sowie durch verantwortungsvolle und verlässliche Finanz- und Haushaltspolitik gewährleisten.

BERLIN IN SICHERHEIT

Wer in Berlin lebt, muss sich sicher fühlen können.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bedeutet Sicherheit nicht nur Schutz vor Kriminalität, sondern auch vor sozialem Abstieg, Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung. Wir wollen, dass alle Menschen in unserer Stadt sicher leben können. Unsere Pläne umfassen die Themen soziale Sicherheit, Justiz und Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste sowie den Kampf gegen Hass, Gewalt, Terror und Vorurteile. Demokratie wird vor Ort gelebt und wir treten für eine starke Demokratie ein.

Mehr zum Wahlprogramm online:
https://spd.berlin/wahl

„Nach dem Motto handeln: Jetzt komme ich“

Geben Frauen den Ton anders an? Darüber sprach das Berliner Stadtblatt mit zwei weiblichen Berliner Führungskräften

Sie sind beide Frauen, arbeiten in Berlin – und sind Führungskräfte: Barbara Slowik und Stephanie Otto. Erstere ist seit April 2018 Polizeipräsidentin und leitet die größte Sicherheitsbehörde des Landes Berlin. Stephanie Otto ist Vorstandsvorsitzende der Berliner Stadtreinigung (BSR) – dem größten kommunale Stadtreinigungsunternehmen Deutschlands.

„Um anerkannt zu werden, müssen Männer wie Frauen Leistung zeigen. Ich habe als Frau nie das Gefühl gehabt, dass ich mehr leisten muss als ein Mann“, sagt Stephanie Otto. Anders äußert sich Barbara Slowik: „Als Frau muss man Spitzenleistungen bringen, um gefördert zu werden.“ Ausnahmen gebe es, nämlich da, „wo Frauenanteile bewusst erhöht werden sollen, beziehungsweise dort, wo eine Frau für eine Spitzenposition gesucht wird“.

Einen Unterschied im Führungsstil der Geschlechter zu verallgemeinern, findet die Polizeipräsidentin jedoch eher schwierig. Würde man das hingegen pauschalisieren, denke sie schon, dass Männer Hierarchien, deutlich mehr leben, „während Frauen vielleicht mehr auf den Teamgedanken setzen“. Ein Führungsstil der gegenseitigen Wertschätzung, des Respekts und des Zuhörens, der ihr wichtig ist, sei heute überall gefordert und weit verbreitet. Für Stephanie Otto ist die Frage nach einem Unterschied nicht nur eine Sache des Geschlechts, sondern vor allem der Generation.

Polizeipräsidentin Barbara Slowik (l.) trägt Verantwortung für rund 25.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Stephanie Otto steht der Berliner Straßenreinigung (BSR) mit 6.000 Beschäftigten vor.

Fotos: Polizei Berlin / BSR

Ein Chef sei früher jemand gewesen, der vermeintlich alles wusste. „Veränderungen passieren heute so schnell, und es gibt unglaublich viele Informationen. Darum braucht es auch eine andere Art der Führung. Eine Führungskraft muss die Menschen in die Entscheidungsfindung miteinbeziehen, muss Stratege, Lenker, Kommunikator sein.“

Angesprochen auf die Frage, was sie Frauen sagen würde, die eine Führungsposition anstreben, antwortet die Chefin der BSR: „Walk the Talk – reden alleine reicht nicht. Unterstützung bekommt nur, wer seine Regeln und Visionen jeden Tag vorlebt. Und Du bist nur so gut wie Dein Team.“ Barbara Slowik rät dazu: „Trauen Sie sich etwas zu – viele Frauen hinterfragen oft viel zu sehr Ihre Fähigkeiten.“ Sie würden Anforderungsprofile Punkt für Punkt durchgehen und kritisch prüfen, was sie wirklich erfüllen und was nicht. „Männer lesen solche Profile, wenn überhaupt, häufig quer. Wenn sie die formalen Anforderungen erfüllen, bewerben sie sich. Frauen könnten mehr in die Offensive gehen und nach dem Motto handeln: Jetzt komme ich.“

Sebastian Thomas

Ein Interview mit Barbara Slowik und Stephanie Otto finden Sie hier:
https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/frauen-fuehrungskraefte-slowik-otto

Es macht die Gesellschaft besser

Der Frauentag erinnert die Geschlechter daran, für Gleichstellung zu kämpfen

Was macht den 8. März so besonders? Eine Antwort darauf geben Franziska Giffey, SPD-Landesvorsitzende, und ihre Stellvertreterin Iris Spranger.

Jedes Jahr am 8. März haben wir Frauen Grund zu feiern. Dieses Datum erinnert uns daran, dass Gleichstellung nicht nur ein Wort ist. 2020 brachten wir ressortübergreifend die erste Gleichstellungsstrategie des Bundes auf den Weg. Zum allerersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik starteten wir ein Bundesförderprogramm gegen Gewalt an Frauen. Doch es gibt noch viel zu tun. Bereits vor der Pandemie arbeiteten viele Frauen in systemrelevanten Berufsgruppen. Sie halten den sprichwörtlichen Laden am Laufen – jedoch: Wie Männer bezahlt werden sie nicht, obwohl sie in der Krise die meisten Lasten tragen. Deshalb setzen wir uns für Entgeltgleichheit und die Beseitigung der Lohn- und Rentenlücke zwischen Männern und Frauen ein. Genauso sollten Frauen die gleichen Chancen bekommen – in der Wirtschaft, in der Politik, wo sie Führungspositionen besetzen.

Dasselbe gilt in den Familien: Väter und Mütter sollen sich gemeinsam um den Haushalt kümmern und Erwerbs- und Sorgearbeit gerechter aufteilen können. Gleichstellung macht unsere Gesellschaft besser. Dabei sind Frauen und Männer gleichermaßen gefordert, denn nur partnerschaftlich lässt sich wirklich etwas bewegen.

Überdies ist der Frauentag in Berlin ein Feiertag. Dafür hat sich die Berliner SPD eingesetzt und darauf sind wir sehr stolz. Als der Frauentag in Berlin Feiertag wurde, war es schön zu wissen, dass man etwas geschaffen hat, das bleibt. Der Kampf für Frauenrechte ist jedoch noch nicht vorbei: Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist aktueller denn je. Längeres und näheres Zusammensein bedeutet für erschreckend viele nicht Langeweile als größte Sorge, wie oftmals behauptet wird, sondern blanke Angst vor den Launen des Partners.

Und wir wollen Parität in den Parlamenten. Wir als SPD sind überzeugt davon, dass all die Probleme, die eben besonders für Frauen wichtig sind, auf Dauer nur gelöst werden können, wenn diese durch Frauen in den Parlamenten angegangen werden können.

Iris Spranger (l.) und Franziska Giffey am 5. März 2019 auf einer Pressekonferenz zum Internationalen Frauentag. Berlin hat als erstes und bisher einziges Bundesland den Frauentag zum Feiertag gemacht. Foto: Markus Frenzel

Franziska Giffey
Iris Spranger

Ein Interview mit Iris Spranger zu diesem Thema finden Sie online:
https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/interview-frauen-feiertag

Historie des Frauentags

Historikerin Gisela Notz erzählt von den Hintergründen

Am ersten Internationalen Frauentag am 19. März 1911 gingen unter dem Kampfruf „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ mehr als eine Million Frauen in USA, Deutschland, in der Schweiz, in Dänemark und Österreich auf die Straße und forderten soziale und politische Gleichberechtigung für alle Frauen, so war es bei der II. Internationalen Konferenz Sozialistischer Frauen 1910 in Kopenhagen beschlossen worden.

Seitdem haben wir einiges erreicht. Dennoch bleiben Wünsche offen, auch wenn seit 1949 der Grundsatz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ zu den Grundrechten gehört.

„Genossinnen! Arbeitende Frauen und Mädchen! Der 19. März ist euer Tag. Er gilt eurem Recht. Hinter eurer Forderung steht die Sozialdemokratie, stehen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die sozialistischen Frauen aller Länder fühlen sich mit euch solidarisch. Der 19. März muss euer Ehrentag sein", so war der Aufruf der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften in der „Gleichheit“ vom 13. März 1911 überschrieben.

Der Internationale Frauentag wurde zum internationalen Tag des Kampfes der Frauen für politische und ökonomische Rechte, für eine humane, emanzipatorische Gesellschaft; gegen Krieg, Ausbeutung und Entrechtung. 1921 sollte einheitlich auf der ganzen Welt der 8. März der Internationale Frauentag werden.

In den folgenden Jahren erlebte die Frauentagsbewegung Fortschritte, Rückschritte, Erfolge und Niederlagen. Je nachdem, wie es die herrschende politische Meinung wollte, wurde der Internationale Frauentag verboten, geduldet oder gar von oben verordnet.

De facto ging es in der Frauenfrage während der 111 Jahre nur langsam voran. Der Fortschritt der vergangenen Jahrzehnte besteht darin, dass sich Frauen öfter trauen, öffentlich gegen das ungeheuere Unrecht der kapitalistisch-patriarchalen Ordnung anzukämpfen.

Der Internationale Frauentag sollte ein Kampftag bleiben. Denn die soziale Ungleichheit nimmt weltweit zu und die Antwort auf die ganze Frauenfrage, mit der die Forderung zum ersten Internationalen Frauentag verbunden werden sollte, steht auch heute noch aus. Ebenso wie das Ziel, das Clara Zetkin 1911 im Vorfeld zum Frauentag formulierte: „Sein Ziel ist Frauenrecht als Menschenrecht, als Recht der Persönlichkeit, losgelöst von jedem sozialen Besitztitel.“ Dieses Ziel sei „erst erreicht, wenn die politische Knebelung des gesamten weiblichen Geschlechts [...] ein Ende nimmt.“ Um darauf hinzuarbeiten, braucht es breite Bündnisse von allen Menschen, die mit den Verhältnissen, so wie sie sind, nicht einverstanden sind. Nach wie vor geht es um den Kampf aller Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechtes, gegen alle Ausbeutenden, ebenfalls ohne Unterschied des Geschlechts.

Gisela Notz

„Was wir brauchen ist ein Kulturwandel“

Gleichstellungssenatorin Dilek Kalayci spricht über Frauen in systemrelevanten Berufen und Führungspositionen

Berliner Stadtblatt: Ob nun als Pflegekraft, medizinische Fachkraft, Erzieherin oder Kassiererin: Frauen schultern in der Corona-Pandemie in systemrelevanten Berufen den größten Anteil der Lasten: Liebe Dilek, glaubst du, dass durch die Krise genannte Berufe aufgewertet werden oder wurden?

Dilek Kalayci: Durch die Corona-Pandemie hat sich erneut die enorme Bedeutung systemrelevanter Berufe gezeigt, die zu einem großen Teil von Frauen geleistet werden. Gerade die SAGHE-Berufe, also Soziale Arbeit, Gesundheit, Hauswirtschaft und Erziehung, gewährleisten eine Fortführung unabdingbarer gesellschaftlicher Abläufe. Um dieser Leistung gerecht zu werden, braucht es nicht nur Applaus, sondern eine Aufwertung dieser Berufe.

Auch vor der Corona-Pandemie hat sich Berlin für eine solche Aufwertung stark gemacht. Die Kampagne „Pakt für Pflege“, die von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung ins Leben gerufen wurde, hat die Aufwertung von Pflegeberufen zum Ziel. Die Unterzeichnenden sind zahlreiche Verantwortliche aus der Pflege- und Gesundheitsbranche, die sich zu konkreten Handlungsschritten zur Verbesserung der Arbeitssituation in der Pflege verpflichten. Konkret in den Bereichen bedarfsgerechter Ausbau der Ausbildung, bessere Vergütung in der Altenpflege und in den Krankenhäusern.

Gleichstellungssenatorin Dilek Kalayci wünscht sich Unternehmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ihrer Sache machen und die passende Lösung dafür selbst entwickeln. Foto: SenGPG/Nils Bornemann

Zusätzlich dazu strebt Berlin eine deutliche Aufstockung des Pflegepersonals an. Bundesweit wurde die Ausbildungsoffensive in der Pflege gestartet, die die notwendig gewordene Umstrukturierung und die Verdopplung der Ausbildungszahlen aus dem Pakt für Pflege vorantreibt. Zudem hat die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), in der Berlin ein Mitglied ist, den Sozial- und Erziehungsdienst deutlich aufgewertet: die Einkommen von Erzieherinnen und Erziehern sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen wurden ab 2020 grundsätzlich verbessert.

Obwohl damit schon wichtige Schritte getan wurden, müssen weitere Maßnahmen folgen, die die Aufwertung der systemrelevanten Berufe vorantreibt.

Anfang dieses Jahres beschloss die Bundesregierung eine Frauenquote in Unternehmensvorständen. Wie sieht es im Vergleich mit den Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst des Landes Berlin aus?

In der öffentlichen Verwaltung hat das Landesgleichstellungsgesetz (LGG) Früchte getragen: In den obersten Landesbehörden zum Beispiel stieg der Frauenanteil in den vergangenen 20 Jahre in den Referatsleitungen von 17 auf 47 Prozent und in den Abteilungsleitungen von 10 auf 44 Prozent. Seit der LGG-Novelle 2010 gilt das LGG auch für die Berliner Landesunternehmen.

In Anstalten des öffentlichen Rechts und Beteiligungsunternehmen konnte Berlin den Frauenanteil der von Berlin zu besetzenden Mitglieder in den Aufsichtsräten auf 53 Prozent steigern, und bei den Vorstands- und Geschäftsleitungspositionen sind inzwischen knapp 39 Prozent erreicht worden. Das ist eine insgesamt sehr erfreuliche Entwicklung. Im Vergleich zu den Zahlen im Bund steht das Land Berlin, besonders bei den Geschäftsführungs- beziehungsweise Vorstandspositionen sehr gut da. Während im Bund nur 15,2 Prozent der Stellen mit Frauen besetzt sind, sind es in Berlin 41,5 Prozent.

Wie können oder sollten Berliner Unternehmen zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen?

Die Träger der Kampagne „Gleichstellung gewinnt“, also die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung gemeinsam mit der Handwerkskammer Berlin und der IHK Berlin, stehen auf dem Standpunkt: Wir haben in der Berliner Wirtschaft gut bewährte Lösungsstrategien und immer neue innovative Vorbilder – für kleine Betriebe, für große Unternehmen, ob in der IT-Branche oder in einem klassischen Handwerk. Unbestritten ist, dass manche Unternehmen dafür weniger Gestaltungsspielraum haben als andere. Das kann finanzielle oder zeitliche Gründe haben und an den besonderen Anforderungen der Branche selbst liegen. Was wir brauchen, sind mehr Unternehmen, die die Vereinbarkeit wirklich zu ihrer Sache machen und die passende Lösung für sich selbst entwickeln, sprich: einen Kulturwandel.

Fragen: Sebastian Thomas

Das vollständige Interview online:
https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/frauentag-kalayci/

Das Ideal der Berliner SPD ist eine bezahlbare Stadt

Warum der SPD-Landesvorsitzende Raed Saleh in der Corona-Krise nicht sparen möchte, erzählt er im Stadtblatt-Interview

Berliner Stadtblatt: Das Wahlprogramm der SPD Berlin enthält neben den bekannten fünf B’s auch Themen, die vielleicht nicht alle unmittelbar betreffen, jedoch trotzdem enorm wichtig sind: Welche sind das, und warum?

Raed Saleh: Es ist ganz wichtig, dass wir eine gute Balance zwischen Außen- und Innenstadtbezirken hinbekommen. Das ist für mich, genauso wie die Frage der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes, eine Querschnittsaufgabe. In allen Bereichen müssen wir also auch die Außenbezirke oder die Nachhaltigkeit mitdenken. Beispielweise bei den fünf B’s, die du gerade erwähnt hast. Hier ist für mich sehr wichtig, dass wir gerade auch in den Außenbezirken ein gutes Stück weiterkommen: also bessere Bildung, mehr Bauen, noch bessere Wirtschaft, mehr Sicherheit und vor allem auch Sauberkeit der Kieze, beschleunigte Verfahren in den Ämtern. Ein weiteres Thema, das mir persönlich sehr am Herzen liegt, sind die vielen Tausend Kleingärten in der Stadt. Diese müssen wir schützen und erhalten.

Berlin war vor der Corona-Lage an der Spitze des Wirtschaftswachstums in Deutschland: Du willst dahin nach der Krise zurückkehren – wie?

Wir bekommen eine weiterhin wachsende Wirtschaft nur hin, wenn sich die Wirtschaft bei uns auch wohlfühlt. Dafür arbeitet die SPD seit vielen Jahren. Franziska Giffey und ich haben immer gesagt, dass wir den roten Teppich für neue Investoren ausrollen werden. Und das ist in der Tat wortwörtlich zu verstehen: Bei uns finden Unternehmenschefs immer ein offenes Ohr. Wir werden alles Mögliche möglich machen, damit neue Arbeitsplätze in Berlin entstehen. Siemens Energy, Tesla oder auch BASF sind da gute Beispiele, wie es zuletzt sehr gut geklappt hat. Wer bei uns Geld investieren will, der bekommt von uns die volle Unterstützung. Es muss nur eines gewährleistet sein: Die Löhne müssen fair und die Arbeitsbedingungen korrekt sein.

> „Ob ich mich sicher fühle, fängt im Kopf an.“
>
> Raed Saleh

Die SPD Berlin denkt soziale und innere Sicherheit zusammen – warum ist das so wichtig?

Nur wenige Menschen können sich ihre Sicherheit selbst leisten. Aber die meisten Menschen sind dafür auf einen starken Staat angewiesen. Ob ich mich sicher fühle, fängt im Kopf an. Deswegen ist die subjektive Sicherheit genauso wichtig. Mehr Streifen in den U-Bahnhöfen, mehr Kontaktbereichsbeamte, mobile Wachen sind dafür die Voraussetzung. Für mich gehört tatsächlich beides zusammen: die Sicherheit der Menschen in ihrem Kiez und die soziale Sicherheit. Genauso wie sich Menschen auf der Straße sicher fühlen müssen, müssen sie Vertrauen in ihre wirtschaftliche und soziale Lage haben. Dazu gehört, dass die Berlinerinnen und Berliner nicht Angst haben müssen, aus ihren Kiezen vertrieben zu werden. Sie dürfen nicht ständig Arbeitslosigkeit oder immer höhere Lebenskosten fürchten müssen. Deswegen setzen wir uns ja eben auch für eine starke Berliner Wirtschaft ein und haben etwa die Bildung – von der Kita bis zur Uni – komplett gebührenfrei gemacht. Unsere Vision von der bezahlbaren Stadt ist für uns das Leitbild für mehr soziale Sicherheit für alle.

Der SPD-Landesvorsitzende Raed Saleh möchte Unternehmen unterstützen: Voraussetzung dafür sind laut seiner Aussage faire Löhne und korrekte Arbeitsbedingungen Foto: Privat

In der Pandemie-Lage betonst du immer wieder: „In der Krise muss investiert und nicht gespart werden!“ Was bedeutet das, vor allem für Berliner Familien?

Wir können es momentan überall beobachten – die Corona-Krise trifft uns alle. Wirtschaftlich sind manche aber besonders hart getroffen. Die Beschäftigten in der Gastronomie, dem Tourismus, die vielen Angestellten im Einzelhandel, Unternehmerinnen und Unternehmer in den verschiedensten Branchen, all die Menschen in der Kultur, die Berlinerinnen und Berliner, die unsere weltweit bewunderten Clubs betreiben und viele mehr. Ihnen allen müssen wir Perspektiven bieten, und wir müssen Vertrauen schaffen. Wir werden alles uns Mögliche tun, um die wirtschaftliche Existenz aller Menschen in unserer Stadt abzusichern. Vor allem müssen wir uns da natürlich um die Familien kümmern. Es darf nicht sein, dass die Viruspandemie die Startchancen für viele Kinder verschlechtert.

Ganz klar, wir wollen und wir werden auch weiterhin für alle Berliner Kinder und alle Bürgerinnen und Bürger kämpfen, damit niemand benachteiligt wird. Es geht um die Zukunft all der wunderbaren Menschen in unserer Stadt.

Fragen: Sebastian Thomas

Das vollständige Interview online:
https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/bezahlbare-stadt-saleh/

Nicht hereinfallen

Gespräch mit Stefanie Elies (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Berliner Stadtblatt: Rechte Akteurinnen und Akteure machen in der Corona-Pandemie gegen ein modernes Familienbild mobil. Das war jedoch schon vorher der Fall. Was ist in der Corona-Krise anders?

Stefanie Elies: Die Corona-Krise ist eine Zeit der Verunsicherung, die sich Rechtspopulist:innen zunutze machen. Es ist auch eine Zeit, in der Verschwörungsmythen Hochkonjunktur haben, wie wir bei den Demos gegen die Corona-Maßnahmen gesehen haben. Rechte Akteurinnen und Akteure nutzen diese Tendenzen, um ihre antifeministischen Ideologien zu verbreiten und neue Allianzen zu schaffen.

Mit Blick auf die Lockdowns sprechen Teile der Wissenschaft in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit von einem „Rollback“ ...

Im Lockdown bleibt die Fürsorge- und Erziehungsarbeit in den Familien vor allem wieder an den Frauen hängen. Zwar zeigt sich, dass Männer inzwischen mehr zu gerechterer Verteilung dieser Aufgaben beitragen, aber die Hauptlast der unbezahlten Sorgearbeit liegt nach wie vor bei den Frauen.

Am Anfang der Pandemie gab es großes Verständnis in der Bevölkerung für das Regierungshandeln. Im Verlauf der Pandemie nahm dies jedoch ab – das zeigte sich insbesondere auf Corona-Demos. Wie erklären Sie sich diese Entwicklung?

Bei den derzeitigen komplexen Herausforderungen wächst bei vielen das Bedürfnis, Schuldige auszumachen, und das sind oft „die Politik“ oder „die da oben“. Diese Vereinfachungen erklären auch, warum plötzlich so unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen bei den Corona-Demos nebeneinander auftauchen: So unterschiedlich ihre Beweggründe sind, sie haben ein gemeinsames Ventil für ihren Unmut und teilen das gleiche Feindbild, die Corona-Maßnahmen.

Auf den Demos wurden auch Familien gesichtet – Seit’ an Seit’ mit Rechtsextremist:innen. Warum verfangen hier Vorstellungen eines rückwärtsgewandten Familienbildes?

Tendenzen zur Retraditionalisierung von Rollenbildern und zum Antifeminismus sind in der Mitte der Gesellschaft durchaus anschlussfähig, wie unsere Studien zeigen. Rechtsextreme und -populisten haben bei den Demos auch eine neue Strategie an den Tag gelegt, indem sie ihre Propaganda und Mobilisierung unter dem Deckmantel des Kindeswohls tarnen. Hier muss man aufpassen, dass besorgte Eltern nicht auf diese Taktiken hereinfallen.

Fragen: ***Sebastian Thomas***

https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme antifeminismus-corona

Schnellschuss vermeiden

Die Hälfte der Macht für Frauen muss auf rechtssicheren Füßen stehen

Frauen stellen gut die Hälfte der Bevölkerung, dennoch wird Politik mehrheitlich von Männern gemacht. Im Berliner Abgeordnetenhaus ist die Quote der Frauen ständig gesunken – von 39,6 Prozent im Jahr 2006 auf 33,1 Prozent im aktuellen Parlament. Doch viele Entscheidungen haben Auswirkungen auf Frauen. Wir müssen die Aufgabe lösen, wie wir diese Unterrepräsentanz von Frauen im Parlament verringern können.

Sven Kohlmeier und Derya Çağlar arbeiten an einem rechtssicheren Paritätsgesetz mit. Foto: Privat

Ein Instrument für gleichberechtigte Teilhabe im Parlament ist ein Paritätsgesetz. In Frankreich wurde ein solches Gesetz bereits vor über 20 Jahren durch eine Verfassungsänderung eingeführt. Versuche in Brandenburg und Thüringen, ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen, sind im vergangenen Jahr vor den jeweiligen Verfassungsgerichten gescheitert. „Die Vorgabe einer paritätischen Besetzung von Landeslisten verletzt die passive Wahlrechtsgleichheit von Kandidatinnen und Kandidaten“, so die Brandenburger Verfassungsrichter:innen. Damit scheidet nach unserer Auffassung eine Lösung aus, die gesetzliche Vorgaben an die Parteien zur geschlechterquotierten Aufstellung der Kandidat:innen macht.

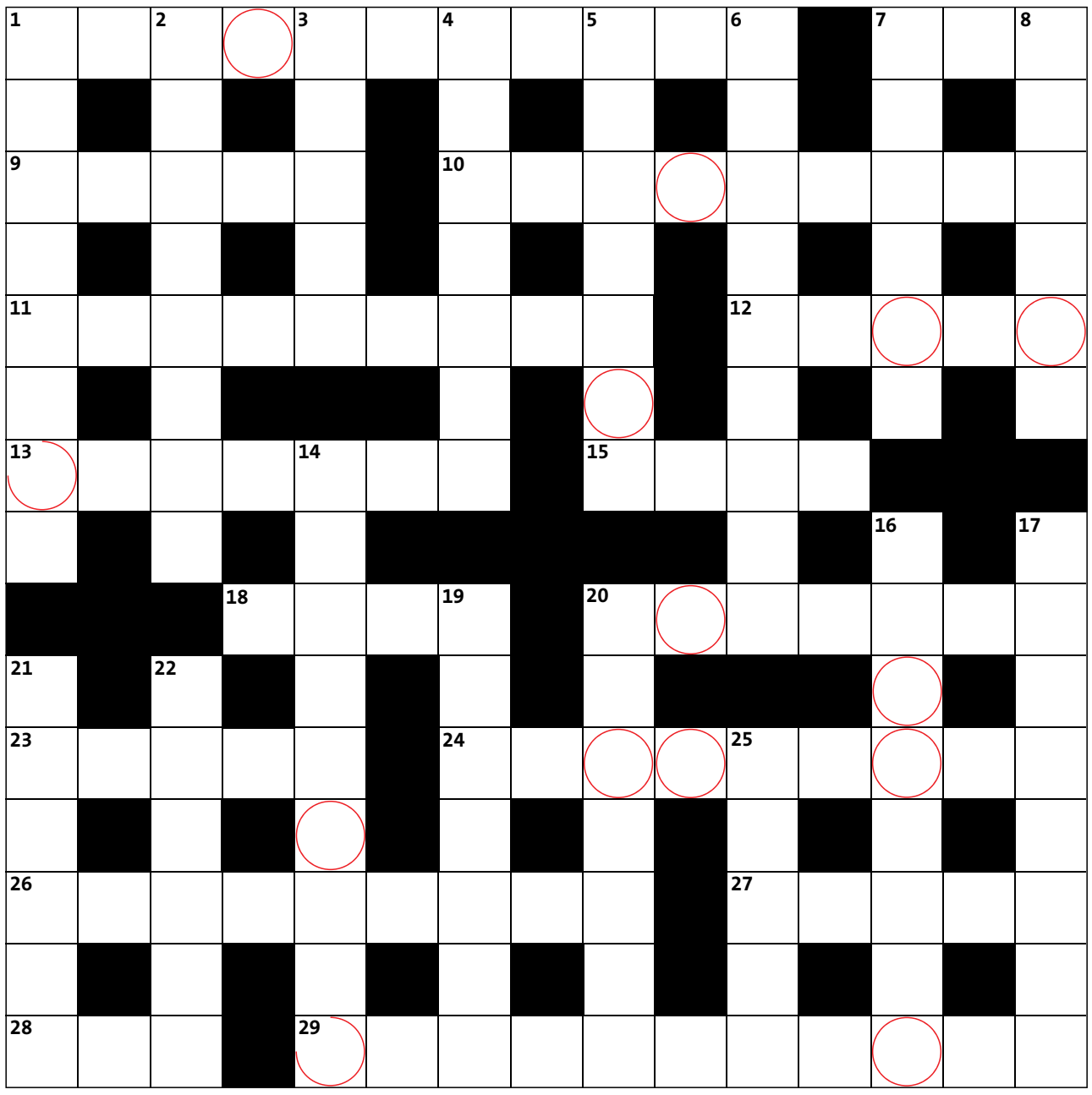
Das Grundgesetz sagt: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Dieser Gleichheitsgrundsatz macht es erforderlich, dass der Gesetzgeber aktiv wird und die vielfältigen strukturellen Benachteiligungen von Frauen verringert und abbaut.

Die Urteile in Brandenburg und Thüringen machen die Herausforderung deutlich, vor der wir stehen. Die beste Lösung wäre eine Verfassungsänderung. Diese ist leider weder auf Bundes- noch auf Landesebene mehrheitsfähig. Deshalb wollen wir auf Landesebene mit einem Landesgesetz tätig werden. Dabei hilft es niemandem, ein Gesetz zu verabschieden, welches sich später als verfassungswidrig herausstellt. Gemeinsam mit Jurist:innen und Fachpolitiker:innen aus Fraktion und Partei beraten wir seit Monaten, um für Berlin eine rechtssichere Lösung zu erreichen. Dabei sind wir auf einem guten Weg und können bald Ergebnisse präsentieren.

Diese werden in der Gesellschaft vielfältig diskutiert werden, und das ist auch gut so. Natürlich ist heute schon absehbar, dass die konservative und rechte Fraktion im Berliner Parlament mehr Beteiligung von Frauen im Parlament ablehnen und gegen ein Berliner Gesetz klagen werden. Deshalb gilt für uns: Besser rechtssicher als ein verfassungswidriger Schnellschuss.

Sven Kohlmeier, MdA
Derya Çağlar, MdA

BERLINER STADTBLATT PREISRÄTSEL



UNTER DER EINSENDUNGEN MIT DEM RICHTIGEN LÖSUNGSWORT VERLOSEN WIR DREI EXEMPLARE DES BUCHS „YOUNG REBELS“ · MEHR ÜBER DAS BUCH AUF SEITE 7

WAAGERECHT

Umlaut = 1 Buchstabe
ß = ss

1 Meistens (leider) Frauensache
7 Traute
9 Koseform von Heinrich
10 8. März
11 Blechschaden folgt
12 Nachbar im Osten
13 so sollte es zwischen Männern und Frauen zugehen
15 Besch ... ss
18 um seine Gleichheit kämpfen Frauen seit Jahrhunderten
20 Arbeiter, der mit flüssigem Metall umgeht
23 nie zu niedrig, oft zu hoch
24 umweltfreundliche Folie aus Cellulose
26 radikaler Zweifel, Ablehnung
27 sie gehört zu den höchsten Laubbäumen in Europa
28 Berliner Kindl
29 Schnaps, Zigaretten, Cannabis

SENKRECHT

Umlaut = 1 Buchstabe
ß = ss

1 Schuppenkriechtier
2 Wurmkraut
3 heidewüchsiger Frauenname
4 kluger Vortrag
5 spüren, wittern
6 Dachhaut
7 Industriegewerkschaft mit 420.000 Frauen
8 gute Eigenschaft
14 französisches Frühstücksgebäck
16 Deutschlands Nachbar im Südosten
17 Obst und Gemüse für Salatverächter
19 Kopie, Replikat
20 schwach, vorsichtig
21 entweder in der Schüssel oder vom Zehner
22 erste Bundestagspräsidentin
25 österreichische Sahne

MITMACHEN!

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben **eine politische, wirtschaftliche und soziale Selbstverständlichkeit, um die (leider) noch gestritten werden muss.**

Bitte schicken Sie das Lösungswort auf einer Postkarte **bis 31.03.2021** per Post an:

SPD Berlin
Berliner Stadtblatt
Müllerstraße 163
13353 Berlin

oder per E-Mail an:
berliner.stadtblatt@spd.de

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir **drei Exemplare des Buchs „Young Rebels“ von Benjamin und Christine Knödler, illustriert von Felicitas Horstschäfer.**

Zu diesem Buch finden Sie auf Seite 7 eine Rezension.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Mit der Buslinie 24 von Haifa nach Nahariya

Das außergewöhnliche Leben der Berliner Jüdin Jael Botsch-Fitterling

Eine gemütliche, 90 Jahre alte, mit Büchern vollgestellte Wohnung in der Künstlerkolonie am Breitenbachplatz. Wir sind in der Berliner Geschäftsstelle der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit mit der jüdischen Vorsitzenden verabredet. Jael Botsch-Fitterling ist die wohl prominenteste Vertreterin der wachsenden jüdischen Gemeinschaft in Berlin. Die engagierte Sozialdemokratin hat eine ganz besondere Biografie.

Jael Botsch-Fitterling hat sowohl von Geburt die palästinensische, nach der Staatsgründung die israelische und rückwirkend von Geburt an die deutsche Staatsbürgerschaft. Ihr Vater Walter Schachtel, geboren 1907, war ein richtiger „Berliner Jung“. Er wurde Wirtschaftsjournalist, erlebte die Straßenschlachten mit den Nazis und wusste: Wenn Hitler an die Macht kommt, setzt er um, was er in „Mein Kampf“ den Juden angedroht hatte. Im Mai 1933 wanderte der Junggeselle ins britische Mandatsgebiet Palästina aus. Er wurde Fahrer der Buslinie 24 von Haifa nach Nahariya an der Grenze zum Libanon. Eine junge Frau, die ihr Medizinstudium in Hamburg hatte abbrechen müssen, fuhr oft mit. Sie verliebten sich, heirateten, vier Söhne und eine Tochter kamen zur Welt. Jael wurde 1941 in Jerusalem geboren.

Als Deutschland zehn Jahre nach dem Krieg die Juden zur Rückkehr einlud, packte die Familie Schachtel die Sachen und ging über Paris nach Frankfurt. Vater Walter hatte in seinem alten Beruf zwar wenig Glück, fand aber Anstellung bei der Stadt Frankfurt. Jael machte ihr Abitur, begann in Frankfurt zu studieren, doch dann zog es sie an die FU Berlin. Sie war in der 68er-Bewegung aktiv, war Mitbegründerin des Republikanischen Clubs, war nach dem Examen vierzig Jahre Lehrerin in Steglitz, zunächst am Fichtenberg-Gymnasium und zuletzt an der Kopernikus-Gesamtschule Studiendirektorin für Biologie, Physik und Chemie an Steglitzer Gymnasien.

Jael-Botsch Fitterling kommt im Jahr 1941 zur Welt. Das kleinere Bild zeigt sie als Kind. Sie sitzt auf dem Fahrersitz der Buslinie 24. Diesen Bus hat ihr Vater damals von Haifa nach Nahariya gesteuert. Fotos: Ulrich Rosenbaum/Privat

Aus ihrer ersten Ehe mit dem Radiologen Hanno Botsch vom Klinikum Steglitz stammen zwei Söhne. Micha ist Kinderarzt in Gropiusstadt, Gideon als Professor an der Uni Potsdam Experte für Antisemitismus und Rechtsextremismus.

In zweiter Ehe ist Jael Botsch mit dem Politikwissenschaftler Dieter Fitterling verheiratet. Beide wurden bekannt mit dem Projekt der Spiegelwand nahe dem Rathaus Steglitz und der einstigen Wolfenstein-Synagoge, die die Namen der von den Nazis ins Gas geschickten Mitbürger:innen auflistet. Es war nicht einfach, das Vorhaben gegen fadenscheinige Argumente der CDU durchzusetzen.

Schon als Studentin hat sich Jael Botsch-Fitterling für die christlich-jüdische Zusammenarbeit engagiert. Und auch in der jüdischen Gemeinde in den Zeiten des legendären Heinz Galinksi. Sie war in der Gemeinde für das Bildungswesen zuständig und wesentlich an der Gründung einer jüdischen Grundschule beteiligt.

Wie kommt sie mit der durch russische Einwanderer erheblich angewachsenen jüdischen Gemeinde heute klar? „Ich bin Demokratin“, sagt sie, auch wenn sie am Ende vergebens für die Repräsentantenversammlung wiederkandidiert hatte. Wichtig ist ihr, dass das Judentum in Berlin unter dem Strich liberal ausgerichtet ist.

Und wie steht es um den Antisemitismus heute? Kann man in Berlin als Jude sicher leben? „Manchmal denke ich nach, ob das für meine Enkel noch der richtige Ort ist.“ Als sie noch in Steglitz Schüler unterrichtete, gab es keine Probleme. Sie hat mehrfach Schüler-Reisen nach Israel organisiert, die sehr gefragt waren. Sie sind auch immer nach Nahariya gefahren. „Dann war ich dort eine Deutsche“, sagt sie. „Aber im Herzen bin ich immer Israelin geblieben.“

In diesem Sommer wird Jael Botsch-Fitterling 80 Jahre alt und darf auf ein ganz besonderes Schaffen zurückblicken.

Ulrich Rosenbaum

Lehrkraft und Elternteil in einem

Bei Anselm Mattes und Bettina Keller trifft Homeoffice auf Homeschooling

Im Hause Mattes und Keller gibt es an diesem Tag Ratatouille, Reis und Schupfnudeln zum Mittag – vorgekocht. „In der Pandemie haben wir es uns zur Gewohnheit gemacht, einmal die Woche groß einkaufen zu gehen und das Mittagessen für jeden Tag bereits am Wochenende vorzubereiten“, erklärt Anselm Mattes. So wolle die Familie viele Kontakte vermeiden.

Seine beiden Söhne Jakob und Konrad decken derweil den Tisch. Normalerweise wären sie um diese Zeit in der Schule: Jakob in der sechsten, Konrad in der vierten Klasse. Doch durch die Pandemie ist das öffentliche Leben in Berlin nicht zum ersten Mal weitestgehend heruntergefahren, was für Familien bedeutet: Homeoffice und Homeschooling.

Anselm Mattes und seine Freundin Bettina Keller arbeiten beide in Vollzeit – sie als Professorin an der Freien Universität Berlin und er bei einem Beratungsunternehmen. „Vor knapp einem Jahr wurden unsere Jobs quasi über Nacht fast vollständig auf Videokonferenzen umgestellt. Im Prinzip können wir beide gut von zuhause aus arbeiten.“, erklärt der 40-Jährige. Nur Bettina Keller muss für manche Sachen noch zur Universität fahren.

Bei der Kinderbetreuung fanden beide auch schnell eine Lösung: „Am Anfang haben wir uns tageweise bei der Schulunterstützung unserer Kinder abgewechselt“, erzählt Anselm Mattes. Die Umstellung auf Homeschooling war jedoch, wie er sagt, mühsam: „Wir bekamen von fünf bis sechs Lehrkräften für zwei Kinder Aufgaben zugeschickt – auf unterschiedlichen Kanälen zu verschiedenen Zeitpunkten mit wechselnden Fristen.“ Das habe viel Zeit und Nerven gekostet, auch weil ständig seine Kinder in der Tür standen und nicht weiterwussten. „Es war anstrengend, neben dem eigentlichen Beruf Aushilfslehrer zu sein“, sagt er. Unterstützung erhielten sie zu diesem Zeitpunkt von Bettinas Vater: Er übernahm mehrmals in der Woche den Matheunterricht – per Videokonferenz aus Stuttgart. „Die Heimbeschulung funktioniert seit dem erneuten Schließen der Schulen Ende 2020 etwas besser als am Anfang“, erzählt Anselm Mattes. „Die meisten Lehrkräfte sind besser organisiert, es gibt klarer strukturierte Wochenpläne, teils regelmäßige Videokonferenzen, festere Rückmeldekanäle und Fristen.“

Aushilfslehrer und Elternteil in Personalunion: Vater Anselm Mattes löst zusammen mit seinen beiden Söhnen Schulaufgaben. Foto: Sebastian Thomas

Mittlerweile bekommen seine Kinder die Schularbeiten auch weitestgehend allein hin. Das Mittagessen ist inzwischen vorbei: Anselm Mattes erwartet die nächste Videokonferenz, seine Kinder lösen währenddessen weiter Schulaufgaben.

Sebastian Thomas

Die Welt verändern

Das Buch „Young Rebels“ erzählt von jugendlichem Mut

Ein 15-jähriges Mädchen setzt sich am 20. August 2018 mit einem weißen Schild vor das schwedische Parlament. Darauf steht: „Skolstrejk för klimatet – Schulstreik für das Klima“. Durch die Aktion löst sie eine weltweite Klimabewegung aus.

Fünf Monate zuvor spricht eine 18-jährige US-Amerikanerin auf dem „March for Our Lives“ in Washington D.C.. Ihre Rede dauert sechs Minuten und 20 Sekunden – genau so lange, wie der Amoklauf am 14. Februar 2018 an ihrer Schule. Durch ihren Protest werden später die Waffengesetze in ihrem Heimatbundesstaat Florida verschärft.

Eine elfjährige Pakistanerin bloggt am 3. Januar 2009 zum ersten Mal für die englische BBC über den Alltag unter dem Regime der Taliban. Sie macht sich für die Rechte von Mädchen stark – vor allem für deren Recht auf Bildung. 2012 überlebt sie schwer verletzt ein Attentat der Terrorgruppe, doch: Sie macht weiter. Zwei Jahre später erhält sie den Friedensnobelpreis.

Die Namen: Greta Thunberg, Emma González und Malala Yousafzai. Die drei Mädchen eint eine Eigenschaft: Alle drei sind junge Rebellinnen – „Young Rebels“. Das gleichnamige Buch aus dem Hanser Verlag beleuchtet neben den drei genannten Aktivistinnen den Werdegang 22 weiterer Jugendlicher. Junge Menschen, die die Welt verändern.

Benjamin Knödler, Online-Redakteur bei der Wochenzeitung *der Freitag,* hat den Band zusammen mit seiner Mutter und Publizistin Christine Knödler geschrieben. Die Illustration des Buches übernahm die freischaffende Designerin Felicitas Horstschäfer. Die Kombination aus journalistischem Schreiben und eindrucksvollen Abbildungen zahlt sich aus: Die Beiträge zu den einzelnen Aktivistinnen und Aktivisten sind spannend geschrieben, jeder neue Buchabschnitt wartet am Anfang mit einem ganzseitigen Porträt der Aktivistin, des Aktivisten auf, eine Zusammenfassung in jedem einzelnen Kapitel verschafft der Leserin, dem Leser einen Überblick. Kurzum: Es macht das gesamte Werk einfach lebendig.

Die Geschichten an sich erzählen gemäß dem Titel auch von jungem Rebellentum. Dabei wird deutlich, dass die Gründe für das jugendliche Aufbegehren jedes Mal verschieden sind: Mal möchte der junge Mensch, dass endlich mit einer unsäglichen Sache Schluss gemacht wird (Greta Thunberg), andernorts hat der berühmte Tropfen das Fass zum Überlaufen gebracht (Emma González), mal ist eine junge Frau das Opfer der sie umgebenden Lebensumstände, was sie zum Widerstand bringt (Malala Yousafzai). Was alle Jugendlichen hingegen gemeinsam haben, ist Mut. Eines ist nach der Lektüre sicher: Vieles ist von diesen Jugendlichen noch zu erwarten.

Sebastian Thomas

Young Rebels – 25 Jugendliche, die die Welt verändern!
Benjamin Knödler, Christine Knödler, illustriert von Felicitas Horstschäfer. Hanser Verlag 2020. 192 Seiten. 18,00 Euro

BÜNDNISPARTNER

DIE AWO BERICHTET

Wegen der Corona-Pandemie sind die Bewohner*innen mit geistigen und/oder körperlichen Beeinträchtigungen jeden Alters in unseren drei Neuköllner Wohngemeinschaften seit Monaten isoliert – die sozialen Kontakte auf ein Minimum reduziert! Aber gerade bei dieser Personengruppe führt Isolation schnell zu individuellen Krisen. Zudem muss die Versorgung gesichert und das Fehlen der Tagesstruktur kompensiert werden.

Bisher konnten negative Konsequenzen wie Depression, Angst und Rückzug weitgehend verhindert werden. Aber: Das völlige Wegbrechen von festen Strukturen, die Sicherheit geben, wirkt bis heute und das Recht auf Teilhabe bzw. Selbstbestimmung wird durch das gegenwärtige Infektionsgeschehen sehr eingeschränkt. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Beeinträchtigungen zeitnah geimpft werden, sofern diese das wünschen, damit sie (wieder) am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

DIE FALKEN NEUKÖLLN

Wir organisieren Gruppenarbeit, Zeltlager, politische Seminare, Gedenkstättenfahrten und Aktionen. Mit Kindern und Jugendlichen schauen wir uns die Welt an, diskutieren über politische Themen und lernen, wie Demokratie funktioniert und warum sie so wichtig ist.

Politik hat etwas mit uns zu tun, mit unseren Interessen und Bedürfnissen. Wir „Falken" wehren uns gegen Intoleranz und menschenverachtende Parolen und Politik. Wir treten ein für mehr Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und eine grundlegende Veränderung der bestehenden Gesellschaft. Als Verband mit einer über 100-jährigen Geschichte haben wir gelernt, dass wir unsere Interessen selbst in die Hand nehmen müssen. Wir wissen, dass nur eine grundlegende Veränderung der bestehenden Gesellschaft zur Durchsetzung von Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Menschen führen kann. Mehr Informationen gibt es hier:

www.falken-neukoelln.de

Wir brauchen ein Equal-Pay-Gesetz

Von Hakan Demir, Bundestagskandidat der SPD Neukölln

Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen ist ein Verfassungsauftrag. Dennoch sieht es nicht gut aus in Deutschland. Der Gender-Pay-Gap (das ist die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Brutto-Stundenlohn von Frauen und Männern) beträgt etwa 19 Prozent. Männer verdienen damit im Durchschnitt über alle Berufe hinweg 19 Prozent mehr als Frauen.

Hakan Demir kandidiert im Wahlkreis Neukölln für den Deutschen Bundestag Foto: Jannis Chavakis

Das hat verschiedene Gründe: 47 Prozent der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen arbeiten in Teilzeit. Und knapp 62 Prozent aller Minijobs werden von Frauen ausgeübt. Aber selbst bei gleicher formaler Qualifikation beträgt der Entgeltunterschied immer noch sechs Prozent. Hier liegt eine eindeutige Benachteiligung von Frauen vor. Diese gilt es zu überwinden.

Die SPD hat 2017 das Entgelttransparenzgesetz eingeführt. Mit diesem Gesetz müssen Arbeitgeber:innen den Arbeitnehmer:innen auf Nachfrage Auskunft geben, nach welchen Kriterien sie bezahlt werden. Das gilt aber erst ab einer Betriebsgröße von 200 Beschäftigten und schließt noch viele aus.

Der Staat muss klare gleichstellungspolitische Weichen setzen, damit Frauen und Männer gleichberechtigt sind. Das gilt auch für Frauen in Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst: Mit der Einführung der Quote hat sich der Frauenanteil in Führungspositionen erhöht. Dort, wo sie nicht verpflichtend ist und es bloße Absichtserklärungen gibt, sind kaum Frauen vertreten. Freiwillig hat sich nichts getan.

In Island läuft es besser. Dort gilt eine Frauen-Quote von mindestens 40 Prozent für Vorstände großer Unternehmen. Unternehmen sind seit 2018 durch den Equal Pay Act verpflichtet, Frauen und Männer gleich zu bezahlen – und das schon ab 25 Beschäftigten. Betroffene Frauen müssen nicht mehr nachforschen, ob sie schlechter bezahlt werden. Stattdessen ist eine faire Bezahlung für Unternehmen ab sofort Pflicht.

Auch für uns in Deutschland gilt: Wir brauchen so ein Equal-Pay-Gesetz. Wir brauchen mehr Frauen in Führungspositionen. Wir brauchen mehr Frauen in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und in vermeintlich männlich dominierten Berufen. Und wir brauchen mehr Männer, die sich um ihre Familie, Kinder und den Haushalt kümmern. Denn Gleichberechtigung erreichen wir nur, wenn wir alle gemeinsam daran arbeiten.

Deswegen setzen wir uns als SPD mit gesetzlichen Regelungen für mehr Gleichstellung und Vielfalt ein.

Gleich gesund

Verhütung darf nicht vom Geldbeutel abhängen

Beim Thema Gesundheitsversorgung scheint es auf den ersten Blick keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen zu geben. Doch das trügt: Nur zögerlich wird z.B. bei Arzneimittelstudien explizit Auswirkungen auf den weiblichen Körper betrachtet, obwohl seit bekannt ist, dass Männer und Frauen unterschiedlich auf Medikamente reagieren.

Eine der größten Baustellen ist die sexuelle Gesundheit, bspw. Verhütung. Die „Pille für den Mann" lässt auf sich warten, so dass Verhütung oftmals Frauen überlassen wird. Neben der Verantwortung birgt das auch enorme Kosten, die Pille kostet monatlich rund 12 Euro und wird nur bis zum 22. Lebensjahr von den Krankenkassen bezahlt – Ausnahme Berlin. In den städtischen Zentren für sexuelle Gesundheit erhalten Menschen mit niedrigem Einkommen, unabhängig vom Alter, Verhütungsmittel kostenfrei. Das ist wichtig, denn Verhütung darf keine Frage des Einkommens sein. Die SPD und andere setzen sich daher dafür ein, das Berliner Modell bundesweit zu verankern. Für Gleichberechtigung auch bei der Verhütung.

***Fabian Fischer** · Kandidat für das Abgeordnetenhaus*

Gemeinsam frei

Sexistische und rassistische Strukturen überwinden

Wir alle sind in einer sexistisch und rassistisch geprägten Welt aufgewachsen und sozialisiert. Wir tragen die Muster dieser Sozialisierung in uns. Im Guten wie im Schlechten. Die Frage an uns selbst ist, ob wir den Einfluss auf unser Verhalten erkennen und wie wir damit umgehen.

Dass Reformen notwendig sind, weil Phänomene wie Sexismus oder Rassismus in unserer Gesellschaft strukturell verankert sind, wird zu oft als Angriff auf die eigene Person, die eigene Identität wahrgenommen. Das konnte man beobachten an den Reaktionen auf Reformen wie das Landesantidiskriminierungsgesetz. Konservative greifen Abwehrreflexe auf und deuten sie zum „Sturm auf die christlich-abendländische Kultur" um. Das ist ein Problem. Als Progressive wollen wir das Individuum mit diesen Herausforderungen nicht allein lassen, sondern suchen gemeinschaftliche Lösungen, die an die Wurzeln der Probleme heran reichen sollen. Durch die Überwindung von Diskriminierung gelangen wir alle in eine freiere Welt, geprägt von mehr Selbstbestimmung und individueller Entfaltung.

***Timo Schramm** · Kandidat für das Abgeordnetenhaus*

Neukölln – spannend, herausfordernd, innovativ

Seit 2001 ist die SPD Neukölln führende Kraft im Neuköllner Rathaus. Wir haben Vieles auf den Weg gebracht, und uns noch Vieles vorgenommen.

Neukölln ist ein sich ständig wandelnder und spannender Bezirk ob vom Frauenviertel im Süden bis zum Reuterkiez im Norden, dem sogenannten „Kreuzkölln".

Für die politische Gestaltung ist das eine große Herausforderung – weg vom Problembezirk hin zu einem Ort, in dem alle gut und sicher leben können.

Reale Probleme wie z. B. Armut, Sprachdefizite, rassistische und homophobe Angriffe werden genauso wenig verschwiegen wie Vermüllung, Drogenkonsum, steigende Mieten und organisierte Kriminalität. Wir reden Probleme nicht schön, sondern benennen sie und handeln verantwortlich und pragmatisch: indem wir Schulen, Kitas, Spielplätze sowie Kinder- und Jugendzentren bauen und modernisieren, unsere schönen Parkanlagen pflegen, neue Bibliotheken und oder moderne Akzente in ein zukunftsorientiertes Verkehrskonzept für alle Verkehrsteilnehmenden setzen – und das auch schon für unsere Kleinsten mit unseren Jugendverkehrsschulen.

Die Co-Vorsitzenden der SPD-Fraktion Neukölln Mirjam Blumenthal (l.) und Cordula Klein Foto: Maximilian

Wir investieren in Präventionsprogramme, entwickeln Konzepte und setzen diese in Zusammenarbeit mit allen wichtigen Akteuren vernetzt und kompetent um. Mit den Menschen, die hier leben und sich einbringen wollen. Für uns zählt nicht, wo jemand herkommt, sondern wohin er oder sie will. Dabei wollen wir unterstützen und fördern. Für uns als SPD-Fraktion in Neukölln heißt politisches Handeln, das wir uns für ein soziales nachbarschaftliches und tolerantes Zusammenleben einsetzen.

Wie erfolgreiche Kommunalpolitik funktioniert, leben wir als SPD Neukölln seit vielen Jahren vor. Für uns gilt daher: weiterführen, ausbauen und sichern, was gut läuft – aber auch kompetent, schnell und unkompliziert auf Veränderungen in einer wachsenden Stadt antworten. **Damit Neukölln ist, wie du es brauchst.**

***Mirjam Blumenthal · Cordula Klein** Co-Fraktionsvorsitzende*